

Antrag 34/I/2024**FA VIII – Soziale Stadt****Der Landesparteitag möge beschließen:****Alles tun für eine Wende im Berliner Wohnungsbau**

1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozial-
2 demokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefor-
3 dert, alles dafür zu tun, dass der Wohnungsbau in Ber-
4 lin intensiviert und beschleunigt wird. Das durch den Se-
5 nat auf den Weg gebrachte Gesetz zur Beschleunigung
6 von Planungs- und Genehmigungsverfahren „Schneller-
7 Bauen-Gesetz“ ist dafür ein sinnvoller und notwendiger
8 Beitrag zur Gewährleistung von mehr *Zügigkeit und Ver-*
9 *lässlichkeit* und zur Glaubwürdigkeit der wohnungspoliti-
10 schen Zielsetzungen des Senats.

11

12 Hürden und überzogene Standards, die über das bun-
13 deseinheitliche Niveau des Baunebenrechts hinausgehen,
14 sind abzusenken. Politische und administrative *Verzöge-*
15 *rungstaktiken müssen unterbunden und sanktioniert, ein*
16 *unmittelbares Eintrittsrecht* und eine Eintrittspflicht *der*
17 *Senatsverwaltung bei Vorliegen entsprechender Sachver-*
18 *halte geschaffen werden.*

19

20 Berlin muss für die Bewältigung der naturgemäßen
21 Widersprüche zwischen baulichen Erfordernissen, infra-
22 strukturellen Bedarfen und klima- sowie naturschutz-
23 rechtlichen Zielen ein konstruktives Verfahren auf den
24 Ebenen der Verwaltung und der parlamentarischen Befas-
25 sung implementieren. Die strikte Einhaltung vorgegebe-
26 ner Fristen für Beteiligungen von Fachbehörden und Trä-
27 gern öffentlicher Belange ist durch Eingriffsregelungen zu
28 sichern.

29

30 Zur Sicherung effizienter, zügiger Planungs- und Geneh-
31 migungsverfahren sowie die Realisierung von Vorhaben
32 besonderer und berlinweiter Bedeutung sind weitere or-
33 ganisatorische Maßnahmen zu prüfen wie die Einführung
34 eines Landesbauamts. Insbesondere für den Bau bezahl-
35 barer Wohnungen, von Unterkünften für Geflüchtete oder
36 von Schulen und sozialer Infrastruktur sind zusätzliche
37 Kapazitäten unverzichtbar.

38

39 Die SPD ist nur glaubwürdig, wenn die versprochenen Zie-
40 le tatsächlich erreicht werden.

41

Begründung

43 Der eklatante Wohnungsmangel in Berlin in allen Markt-
44 segmenten stellt viele Haushalte vor unlösbare Härten
45 und Probleme, ist längst aber auch ein Hemmschuh für
46 die wirtschaftliche Entwicklung Berlins, für Investitionen
47 oder die Ansiedlung großer Unternehmen. Fachkräfte-
48 und Wohnungsmangel sind zwei Seiten einer Medaille.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49

50 Berlin verfügt nur noch über eine Fluktuationsreserve
51 (Wohnungsleerstand) von unter 1 % des Mietwohnungs-
52 bestands. Es fehlen 100.000 bis 150.000 Wohnungen. Bis
53 2040 müssen in Berlin 250.000 Wohnungen errichtet wer-
54 den. Das Ziel, jedes Jahr mindestens 20.000 neue Woh-
55 nungen fertig zu stellen, wird aber zunehmend verfehlt.
56 Die Grundstücks-, Finanzierungs- und Baukosten erhöh-
57 ten sich insbesondere in den letzten Jahren dramatisch,
58 in der Folge brach der Wohnungsbau in Berlin, aber auch
59 bundesweit ein. Die politischen Ziele für den Bau ge-
60 förderter, mietpreisgebundener Wohnungen sind bisher
61 nie erreicht werden. Umso wichtiger sind verlässliche
62 Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es bedarf sys-
63 temändernder Eingriffe um umzusteuern und die soziale
64 Frage „Wohnen“ spürbar und mittelfristig erfolgreich zu
65 lösen.